



IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim  
Email: [vorstand@iedf.de](mailto:vorstand@iedf.de) Homepage: [www.iedf.de](http://www.iedf.de)



VOS-Geschäftsstelle Uhlandstraße 120 10717 Berlin  
Email: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de) Homepage: [www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

Mannheim/ Berlin, den 03.09.2021

**Frau  
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

**Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin**

**Betr.: K 202 137/20  
2005 bis 2021 – eine Bilanz**

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Verbände der ehemaligen Republikflüchtigen – IEDF und VOS - haben über all die Jahre Ihrer Kanzlerschaft mit Ihnen kommuniziert und feststellen müssen, dass es ein Monolog geblieben ist.

Das Thema: „Die Verbannung der DDR-Flüchtlinge und Ausreiseartragsteller in das sozialpolitische Abseits“. Sie, sehr verehrte Frau Dr. Merkel, sind für die Manipulation der Altersversorgungen der ehemaligen DDR-Flüchtlinge zwar nicht verantwortlich. Aber Sie haben dafür gesorgt, dass es dabei bleibt.

Die Klientel, um die es hier geht, hatte einst zur Stammwählerschaft der Union gehört. Als Sie in das Kanzleramt einzogen, mag mancher von uns gedacht haben: „Das wird gut; eine von uns. Sie wird Verständnis haben und die Diskriminierung rückgängig machen“.

Am 12.05.2009 hatten wir – die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. - Sie erstmalig über die unselige Manipulation an den Rentenanwartschaften der ehemaligen DDR-Flüchtlinge informiert, die in aller Heimlichkeit initiiert und später mit der Herstellung der deutschen Einheit begründet wurde. Das war der Beginn des einseitigen „Briefwechsels“ mit Ihnen.

Mit unserem bisher letzten Brief vom 20.06.2021 haben wir Sie darüber informiert, dass wir diesen „Briefwechsel“ öffentlich gemacht haben.

Der Fluch, den die Machthaber der einstigen DDR den „Überläufern zum Klassenfeind“ hinterher geschickt hatten, hat sich in der wiedervereinigten

Bundesrepublik Deutschland auf schäbige Weise verwirklicht. Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, haben Ihr „Politbüro“ offenbar angewiesen, dass es dabei bleibt.

Seit Beginn Ihrer Kanzlerschaft haben Sie auf unser Vorbringen konsequent geschwiegen.

Als es in 2015 um das von allen Bundestagsfraktionen gestützte Votum des Petitionsausschusses bezüglich der Sammelpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 ging, haben Sie höchstpersönlich die damals amtierende Sozialministerin Nahles (SPD) angewiesen, den Antrag des Bundestages abzulehnen. Dafür haben wir belastbare schriftliche Belege.

Am 03.09.2019 hat der Regierungsdirektor im BMAS, inzwischen a.D., Hans-Ludwig Flecken, das regierungsamtliche Komplott aufgedeckt. Er brachte es auf die Formel: „Das war eine politische Entscheidung“. Vor dem Hintergrund Ihrer Richtlinienkompetenz sind Sie als Bundeskanzlerin für grundlegende Richtungsvorgaben verantwortlich. Im vorliegenden Falle – durchaus im Vollzug des Willens der einstigen SED-Führung – auch für die nachträgliche Bestrafung der Republikflüchtigen.

Die ehemaligen Flüchtlinge aus der DDR, die Ausreiseantragsteller, die aus politischer Haft freigekauften sowie deren Kinder und Kindeskindern werden es im Gedächtnis behalten, dass Sie es waren, die den Fluch der SED-Nomenklatura mit einer „politischen Entscheidung“ realisiert hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Dr. Jürgen Holdefleiß  
Vorsitzender IEDF e.V.



Felix Heinz Holtschke  
VOS-Landesvorsitzender NRW